



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 13.07.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Integriertes Quartierskonzept Stadionquartier

Vorl.Nr. 277/17

Beratungsverlauf:

In das Thema einführend sagt Herr Geiger (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung), dass die Ziele des Masterplans „Energie“ nun mit der energetischen Sanierung in den Stadtquartieren konkretisiert und in die Praxis umgesetzt werden.

Anschließend übergibt Herr Geiger das Wort an Frau Bosch-Lewandowski.

Frau Bosch-Lewandowski (Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner, Stuttgart) stellt anhand einer Präsentation das integrierte Quartierskonzept für das Stadionquartier vor. Das Stadionquartier sei das erste Stadtgebiet, welches in das Bundesprogramm „Energetische Stadtsanierung“ aufgenommen wurde. Das Programm habe zwei Phasen: Die Erarbeitung eines Konzeptes und die Umsetzung des Sanierungsmanagements in einem kooperativen Prozess. Aktuell befinde man sich am Ende der Konzeptphase. Als städtebauliche Vorteile des Stadionquartiers nennt Frau Bosch-Lewandowski die Nähe zu attraktiven Freiräumen, die gute Nahversorgung und die gute verkehrliche Anbindung. Das Quartier sei geprägt durch Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäusern aus den 1950er bis 1970er Jahren. Städtebauliche Defizite zeigen sich in den teilweise fehlenden Raumkanten bei einigen Blöcken sowie im Nicht-Vorhandensein eines Quartierstreffpunktes. Die Straßenräume seien teilweise überdimensioniert (z. B. die Hindenburgstraße). Auch sei das Wohnumfeld geprägt durch viel Abstandsgrün, aber wenig Qualität. Laut Frau Bosch-Lewandowski gebe es bei der energetischen Stadtsanierung drei zentrale Ansatzpunkte: den Gebäudebestand, das Wohnumfeld und die Chance das bestehende Wärmenetz zu erweitern. Die städtebaulichen Stärken und Schwächen des Quartiers seien bei der Erstellung des Sanierungskonzeptes insgesamt in den Blick genommen worden.

Herr Maier (Ingenieurbüro Schuler) richtet den Fokus auf die Energieeinsparpotenziale und -ziele sowohl im Bereich Wärmeerzeugung und Wärmeverbrauch als auch im Bereich Stromverbrauch.

In der Folge informiert Frau Bosch-Lewandowski über die Beteiligung der Akteure in der Konzeptphase. Als Ergebnis sei ein Handlungskonzept entstanden, dessen übergeordnete Ziele Klimaschutz und Klimaanpassung, der Erhalt und der Ausbau der Lebens- und Wohnqualität, sowie die Stärkung des Lebensumfeldes für ältere Menschen und Familien im Rahmen des demografischen Wandels seien. Frau Bosch-Lewandowski geht auch auf die 7 Handlungsfelder dieses Handlungskonzeptes ein: Sanierungsmanagement, private Eigentümer, Wohnungsunternehmen / Baugenossenschaften, Wärme- und Photovoltaik-Konzept, Stadtstruktur und öffentlicher Raum, Mobilität und Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Geiger erläutert abschließend die nächsten Schritte für die Umsetzung des integrierten Quartierkonzeptes im Stadionquartier. Hierfür werde im Rahmen des KfW Programms 432 ein Förderantrag für ein Sanierungsmanagement gestellt. Die Förderung aus dem Programm liege bei 65% der entstehenden Kosten für die Dauer von drei bis fünf Jahren. Die Stadt werde die entstehenden Kosten im Haushalt veranschlagen. Nach Bewilligung der KfW werde das Sanierungsmanagement öffentlich ausgeschrieben. Die Vergabe an externe Partner werde für den Herbst 2017 angestrebt.

Nach der Präsentation eröffnet BM Ilk die Aussprache.

Stadträtin Burkhardt möchte wissen, ob die Eigentümer mit der Veröffentlichung der Fotos ihrer Häuser in der Präsentation einverstanden seien. Sie fragt zudem, ob die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH ein Konzept für die eigenen Gebäude erstellt habe. Auch will sie zum Thema Wärmedämmung wissen, wie mit den Folgeproblemen einer Sanierung, explizit mit der Schimmelbildung, umgegangen und welches Dämmmaterial benutzt werde. Sie bemerkt, dass für einen Nachbarschaftstreffpunkt eine größere Freifläche benötigt werde. Dies würde jedoch mit dem Thema Ergänzungsbebauung und auch mit dem Klimaschutz kollidieren. Nach Ansicht von Stadträtin Burkhardt müssen bei Aufstockungen insbesondere die technischen Möglichkeiten der Einfamilienhäuser geprüft werden. Darüber hinaus weist sie auf die fehlenden Parkplätze hin. Aus diesem Grund sollte über eine Quartiersgarage nachgedacht werden. Die Begrünung der Straßen sei im Sinne des Klimaschutzes. Allerdings könnte dieses Vorhaben an der unterirdischen Infrastruktur, d.h. an den Leitungen, die im Boden liegen, scheitern. Stadträtin Burkhardt sagt, dass es zum Thema Energie noch weitere Möglichkeiten, z. B. Kellerblockheizkraftwerke, gebe.

BM Ilk erklärt, dass viele Themen erst im Laufe des Prozesses geklärt werden. Zunächst seien die Stärken und Schwächen des Quartiers herausgearbeitet worden.

Für Stadtrat T. Lutz ist die Information der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in den Themen Energie- und Fördermittelberatung, sehr wichtig. Er vertritt die Meinung, dass ältere Häuser im Quartier in ihrem aktuellen Zustand belassen werden sollten. Er hoffe zudem auf eine zeitnahe Angabe zu den entstehenden Kosten.

Stadträtin Dr. Knoß fragt, was mit den älteren Bewohnern des Quartiers geplant sei. Viele Häuser seien nicht seniorengerecht gebaut. Zudem regt sie an, zum Thema Mobilität mit dem MTV zu kooperieren. Denn der Parkdruck in diesem Gebiet komme auch von der Kundschaft des MTV. Eine Haltestelle vor dem Sportzentrum sei von vielen Menschen, die dort Sport treiben, erwünscht. Der MTV könnte vielleicht eine Befragung zu diesem Thema führen.

Stadtrat Juranek ist überzeugt, dass man neue Wege einschlagen sollte, um die Klimaziele 2020 und 2050 zu erreichen. Konkret sollten Beratung und Information von der Verwaltung zu den Bürgerinnen und Bürgern in die Quartiere gebracht werden. Für die Verwaltung würden dadurch neue Aufgaben entstehen. Es müsste ein neues Berufsbild durch die Kombination von Stadtentwicklung sowie Kommunikations- und Energiespezialisten entstehen. Das Quartier selbst weise mit Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Zeilenbau eine heterogene Baustruktur. Hinter dieser heterogenen Struktur stecken auch unterschiedliche Einzelinteressen. Ebenso sei der Sanierungszustand der Gebäude unterschiedlich. Die baulichen Maßnahmen, insbesondere die Nachverdichtung und die Aufstockung, dürften sich seiner Meinung nach schwierig gestalten. Die Finanzierung des Projektes sei für die nächsten Jahre gesichert. Fraglich dagegen sei die Finanzierung der Tief-/Quartiersgaragen. Stadtrat Juranek hofft, dass die Ergebnisse auf andere Quartiere übertragbar sein werden.

Auf die Fragen eingehend sagt Frau Bosch-Lewandowski, dass der Block an der Breslauer / Danziger Straße durch einen ergänzenden Neubau geschlossen werden könnte. Als Quartierstreif könnten auch eine oder zwei Bänke, eventuell an zwei Stellen, dienen. Man müsse quartiersangepasst und in einem kleineren Maßstab denken. Bezug auf die Frage von Stadträtin Burkhardt nehmend sagt Frau Bosch-Lewandowski, dass die in der Präsentation gezeigten Häuser symbolisch für einen bestimmten Häusertyp stehen. Es sei lediglich eine Typologie herausgestellt worden und nicht die Defizite an bestimmten Häusern. Das Thema Parkierung und Quartiersgarage seien in der Konzeptphase noch nicht vertieft worden. Das Mobilitätsverhalten der Quartiersbewohner sowie das Besucherverhalten beim MTV seien noch abzufragen, um anschließend aus dem konkreten Verhalten geeignete Maßnahmen abzuleiten. Die Strategie und die Umsetzung der Sanierung liegen laut Frau Bosch-Lewandowski bei den Wohnungsunternehmen. Hier könne kein Einfluss genommen werden. Sicherlich würde ein barrierefreier ergänzender Neubau eine Bereicherung für das Wohnungsangebot im Quartier darstellen.

Herr Maier ergänzt, dass den Wohnbauunternehmen die Sanierungsmöglichkeiten wohl bekannt seien. Der Fernwärmeanschluss sei für die Unternehmen sehr interessant, weil er in der Regel weniger Aufwand bedeute. Die Überzeugung der privaten Eigentümer werde sich dagegen schwieriger gestalten. Hier wäre ein erhöhter Beratungsaufwand nötig. Bezug auf die angesprochene Schimmelbildung nehmend sagt Herr Maier, dass zum Vollwärmeschutz ein Lüftungskonzept gehöre. Dadurch könne der Schimmelbildung vorgebeugt werden. Zum Brandschutz könne er keine Stellung beziehen. Die Blockheizkraftwerke seien für größere Mehrfamilienhäuser zwar interessant, aber gleichzeitig auch mit größerem Aufwand verbunden. Insbesondere, wenn der Überschuss des erzeugten Stroms in das öffentliche Netz eingespeist werden soll. Die Vergütung hierfür sei aktuell nicht besonders hoch.

Herr Geiger fügt abschließend hinzu, dass in den nächsten Monaten zwei weitere Quartiere dem Gemeinderat zur Sanierung vorgeschlagen werden.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 2

Bauvorhaben Firma Lidl, Hindenburgstraße 60 -
Standorterweiterung mit integrierter Wohnnutzung
- mündlicher Bericht

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Herr Kurt (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Ergebnisse der städtebaulichen Studie zum Bauvorhaben der Firma LIDL in der Hindenburgstraße 60. Eine erste Überprüfung im Rahmen des Gestaltungsbeirats am 18.11.2016 habe ergeben, dass die Anordnung des Marktes im Erdgeschoss mit direktem Bezug zum Freibereich nicht möglich sei. Denn die dadurch erforderlichen Rampenbauwerke für die Parkierung würden sich technisch und städtebaulich nicht integrieren lassen. Deshalb werde künftig der Markt nicht im Erdgeschoss, sondern im ersten Stock liegen. Der Baukörper müsse sich jedoch städtebaulich einfügen. Die Verwaltung bevorzuge deshalb den Konzeptansatz A. Der dadurch geschaffene Wohnraum und die zusätzlichen Stellplätze für das Quartier stellen auch für die Stadt einen Mehrwert dar. Lage, Größe

TOP 2

Bauvorhaben Firma Lidl, Hindenburgstraße 60 -

und Funktion des Gebäudes erfordern eine hohe architektonische Qualität. Zudem müssten die Auswirkungen für die Anwohner der Max-Elsas-Straße und der Steubenstraße noch untersucht werden. Herr Kurt beendet seine Präsentation mit der Aussage, dass die Verwaltung den Antrag der Firma LIDL zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans unterstütze.

Anschließend stellt Herr Mayerhöfer (Leiter Immobilienabteilung LIDL) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, das neue Filialkonzept vor. Er sagt, dass die Filiale gut laufe. Allerdings entsprächen die Innenaufteilung und die Größe nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Zudem gebe es Probleme mit Fremdparkern. Der neue Markt soll nun im Inneren viel großzügiger angelegt werden. Es soll zudem mehr Räume für die Mitarbeiter geben. Das Unternehmen möchte auch seine Klima- und Energiebilanz verbessern. Energieverbrauch und CO₂-Emissionen sollen verringert werden. Die grundlegendsten Veränderungen ergeben sich jedoch durch die Wohnungen auf dem Dach und die Tiefgarage unter dem Markt. Insgesamt 28 Wohnungen, verteilt auf zwei Stockwerke, möchte LIDL auf dem Dach errichten. Zwischen ihnen sollen Grünflächen angelegt werden. Die Wohnungen möchte das Unternehmen im eigenen Besitz halten und vermieten. Für den Markt im ersten Stock würden Rolltreppen gebraucht. Im Erdgeschoss und im Untergeschoss werde das Unternehmen zwei Parkdecks mit ca. 150 Parkplätzen bauen – 60 davon für die Wohnungen. Auch im Freigelände, das künftig kleiner ausfallen werde, soll es 58 Parkplätze geben. Das an der Filiale angebaute Bäckerei-Café soll direkt an der Oststraße neu entstehen und architektonisch mehr hermachen.

Nach den Präsentationen eröffnet BM Ilk die Aussprache.

Stadtrat Noz bezeichnet die Pläne als „interessantes Projekt“ und hofft, dass der Neubau das gewachsene Umfeld nicht zu sehr beeinflussen werde, insbesondere durch Verkehr und Schattenwurf. Zudem findet er es gut, dass eine Quartiersgarage entstehen soll. Stadtrat Noz fragt, ob während der Bauzeit der Verkauf weiterlaufen soll.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit spricht von einem „bestehenden“ Objekt und hofft, dass ein schöner und heller Markt entstehen werde. Dass die Firma LIDL ein neues energetisches Konzept umsetzen möchte, findet ihre Zustimmung. Ebenso die Tatsache, dass das Bäckerei-Café weiterhin im Markt integriert bleiben soll. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte dieses Bauvorhaben erneut im Gestaltungsbeirat behandelt werden. Stadträtin Steinwand-Hebenstreit fragt, wie die Interimslösung auf dem Berliner Platz gestaltet werden soll. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass der in diesem Bereich verlaufende Radweg und die Bäume nicht beeinträchtigt werden. Sie fragt auch, wie viele Fahrradstellplätze im neugestalteten Markt geplant seien. Der beanspruchte Platz sollte auf jeden Fall so gestattet werden, dass daneben noch eine Stadtbahntrasse verlegt werden könnte.

Stadtrat Juranek äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Vorhaben. Die Kombination des Marktes mit Wohnbebauung sei eine sehr gute Idee und helfe auch der Stadt bei der Entwicklung des Wohnbaus. Stadtrat Juranek bemerkt, dass es sich hier um eine enorme Baumasse handle, die sich in einer kleinräumigen Umgebung niederlasse. Er äußert seine Freude darüber, dass der erste Entwurf mit Blockbebauung doch nicht kommen soll. Eine geschlossene Baumasse solchen Ausmaßes zum Straßenraum hin halte er für unvorstellbar. Insofern habe die Entwicklung des Vorhabens hin zu mehr Kleinteiligkeit einen guten Weg genommen.

Stadtrat Rothacker äußert die Zustimmung der Freie Wähler-Fraktion zum Vorhaben und fordert, dass dieses nicht ewig im Gestaltungsbeirat diskutiert werde.

TOP 2

Bauvorhaben Firma Lidl, Hindenburgstraße 60 -
Standorterweiterung mit integrierter Wohnnutzung

Stadträtin Burkhardt möchte wissen, wie viele Quadratmeter die Firma LIDL hier bebauen möchte und um wie viele Quadratmeter die Verkaufsfläche letztendlich erweitert werden soll. Sie ist der Ansicht, dass ein so großes Projekt in dieser kleinteiligen Umgebungsbebauung dringend im Gestaltungsbeirat beraten werden sollte.

Stadtrat **Lettrari** begrüßt das Projekt und ist überzeugt, dass sich die Wohnbebauung sehr gut im Quartier einfügen werde. Als Interimslösung für den Verkauf während der Bauzeit schlägt er die Eishalle vor.

Herr Kurt erklärt, dass bei einer Verkaufsfläche bis 800 Quadratmeter von Kleinteiligkeit gesprochen werde. Diese könne in Gebietsarten bis zu einem Mischgebiet untergebracht werden. Bei einer Großflächigkeit werde ein Sondergebiet benötigt. Im konkreten Fall handle es sich um eine Verkaufsfläche von 1.500 Quadratmetern. Deshalb werden ein Sondergebiet und somit auch ein neues Planungsrecht notwendig. Auf den Gestaltungsbeirat eingehend sagt er, dass die Behandlung eines Bauvorhabens dort lediglich eine Beratung sei und keinesfalls ein Baurechtsverfahren ersetze. Im konkreten Fall werde der Gestaltungsbeirat förmlich als beratendes Gremium für die Baurechtsbehörde eingesetzt, weil eine Befreiung von den Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans erforderlich sei. Grundsätzlich werde bei älteren Bebauungsplänen befreit, nicht bei aktuellen. Herr Kurt sagt, dass bei diesem Projekt die Fassadengestaltung und die Materialität erneut im Gestaltungsbeirat beraten werden sollen.

Auf die Bauzeit Bezug nehmend sagt Herr Mayerhöfer, man rechne hierfür mit 15 bis 18 Monaten. In dieser Zeit werde es keine Filiale an der Ecke Oststraße/Hindenburgstraße geben. Damit der Kundenstrom nicht völlig abreiße, sei die Firma LIDL derzeit gemeinsam mit der Stadt auf der Suche nach einem Interimsquartier. Zu den angesprochenen Fahrradstellplätzen sagt Herr Mayerhöfer, dass laut Landesbauordnung das Unternehmen verpflichtet sei, pro 50 Quadratmeter Verkaufsfläche einen Fahrradstellplatz zu errichten.

Stadträtin Burkhardt erinnert an ihre Frage bezüglich der Erhöhung der Gesamtfläche. Herr Mayerhöfer entgegnet, dass die gesamte überbaute Fläche künftig 3.000 bis 3.5000 Quadratmeter gegenüber 2.000 Quadratmetern aktuelle betragen werde.

Auf die Bemerkung von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit zur Stadtbahntrasse eingehend sagt Herr Kurt, dass die Niederflurtrasse gar nicht an dieser Stelle verlaufe, sondern über die Danziger Straße. Weil zudem die Hochflurtrasse nicht mehr zur Diskussion stehe, brauche sie hier auch nicht berücksichtigt werden. Sollte man auf die Idee kommen, später an dieser Stelle eine Niederflurtrasse vorzusehen, wäre dies problemlos mit dem bestehenden Straßenquerschnitt realisierbar.

Stadtrat Link nimmt Bezug auf den Berliner Platz, der als Übergangslösung während der Bauzeit im Gespräch ist. Er findet diese Lösung ungeeignet, denn direkt daneben möchte die Stadt bald eine neue Sporthalle und eine neue Grundschule bauen.

BM Ilk erklärt, dass man aktuell dabei sei, einen Terminplan zu erstellen. Deshalb sei noch nicht klar, wann die Firma LIDL mit dem Bau beginnen könnte. Als nächster Schritt werde jetzt zuerst der Bebauungsplan aufgestellt.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Baubeschluss

1. Das Pflaster im Fahrbahnbereich des Kaffeeberges wird ausgebaut und durch farbigen Asphalt ersetzt.

Die Kosten von ca. 220.000,00 Euro (brutto) werden genehmigt.

2. Eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 220.000,00 Euro wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ja 6 Nein 4 Enthaltung 5

Beratungsverlauf:

BM Ilk sagt zu Beginn, dass ursprünglich intern angedacht gewesen sei, eine großflächige Sanierung nach der Umgestaltung der Lindenstraße, der Oberen Reithausstraße und der Körnerstraße durchzuführen. Aufgrund der Notwendigkeit, einen wichtigen Kunden im Bereich des Gebietes Höfe am Kaffeeberg noch bis zur Heizperiode 2017/2018 mit Fernwärme zu versorgen, müsse die SWLB ihre bis jetzt am Holzmarkt endenden Fernwärmeleitungen kurzfristig durch den Kaffeeberg verlegen. Die neue Sachlage begründe ein Vorziehen der Fahrbahnsanierung. Anschließend eröffnet BM Ilk die Aussprache.

Stadtrat T. Lutz sagt, er habe bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Pflastersteine wegen der vielen LKW, die an dieser Stelle vorbeifahren, nicht geeignet seien. Er bittet die Verwaltung, keine Pflastersteine mehr auf Straßen zu verlegen. Dies sei seiner Ansicht nach reine Verschwendung von Steuergeldern.

BM Ilk verweist auf die Vorl.Nr. 259/17. Dort sei deutlich zu entnehmen, dass das Pflaster im Fahrbahnbereich des Kaffeeberges ausgebaut und durch farbigen Asphalt ersetzt werden soll.

Stadtrat Gericke zitiert aus dem Protokoll des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 03.04.2008. Damals habe er im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass auch über einen asphaltierter Belag am Kaffeeberg abgestimmt werde. Die Abstimmung sei auch tatsächlich erfolgt. Durch die Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion hätten sich die Pflastersteine als Fahrbahnbelag durchgesetzt. Ihn ärgere, dass seiner Fraktion oft vorgeworfen werde, dass sie für teure Bauausführungen und Pflasterungen plädiere. Schon im Jahr 2008 habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Belag vorgeschlagen, der 80.000 Euro billiger gewesen wäre. Auch heute sei die Fraktion nicht bereit, 220.000 Euro für die Belagsanierung im Kaffeeberg auszugeben, und werde sich bei der Abstimmung enthalten. Stadtrat Gericke vertritt die Meinung, dass die Firmen und Gutachter, welche in der Vergangenheit zugesagt haben, dass dieses Pflaster

TOP 3

Belagssanierung Kaffeeberg
- Baubeschluss

Vorl.Nr. 259/17

lange halten werde, für die jetzt entstehenden Kosten aufkommen sollten.

Stadträtin Liepins bestätigt, dass die SPD-Fraktion trotz Bedenken damals für die Pflastersteine gestimmt habe. Die Ausführungen der Verwaltung, dass der Einbau von Pflastersteine an dieser Stelle, die sich gegenüber vom Residenzschloss befinde, die ansprechendere Lösung sei und keinerlei Probleme mit sich bringe, hatten damals die Fraktion letztlich überzeugt. Stadträtin Liepins macht darauf aufmerksam, dass sich die Pflasterung an verschiedenen Stellen in der Stadt innerhalb kurzer Zeit verschiebe oder löse. Sie möchte wissen, was genau der Grund für dieses Problem sei.

Stadtrat Remmele sieht die Pflastersteine ebenfalls als Problem an, insbesondere weil am Kaffeeberg weitere Bauarbeiten erfolgen werden. Er regt an, erst nach dem Umbau des gesamten Viertels die Belagsarbeiten in Angriff zu nehmen. Bis dahin würde ein Provisorium ausreichen.

Stadträtin Burkhardt ist überzeugt, dass eine Straße mit vielen denkmalgeschützten Gebäuden, wie es beim Kaffeeberg der Fall sei, keinen Asphaltbelag bekommen sollte.

Ihres Wissens nach gebe es Betonpflastersteine in spezieller Farbgebung. Sie bittet die Verwaltung, die Kosten hierfür in Erfahrung zu bringen. In der denkmalgeschützten Innenstadt sollte ihrer Ansicht nach auch auf die Oberfläche der Straßen geachtet werden.

Frau Schmidtgen (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) erklärt, dass die Problematik mit der beschädigten Pflasterung kein spezifisches Problem der Stadt Ludwigsburg sei, sondern auch in anderen Städten so vorkomme. Als Beispiel nennt sie die Stadt Pforzheim. Der Zustand der Pflasterung hänge von mehreren Faktoren ab, beispielsweise vom Kurvenradius, von der Belastung, von der Witterung oder von der Qualität des verwendeten Splitts. Frau Schmidtgen sieht es als sinnvoll an, die Pflaster jetzt auszutauschen, da die Fernwärmeleitungen verlegt werden. Man habe sich sogar überlegt, den Oberbelag erstmal provisorisch einzubauen und nach Abschluss der Maßnahme die 4 cm der Deckschicht abzufräsen und den Endbelag in der Farbigkeit einzubauen. Die Kosten für diese Vorgehensweise seien laut Frau Schmidtgen gering. Das Endergebnis wäre eine schöne Einheitlichkeit nach Abschluss der Baumaßnahme „Höfe am Kaffeeberg“.

Auf Anfrage von Stadtrat Link sagt Frau Schmidtgen dass die zwei Nachbesserungen am Straßenbelag, die in diesem Bereich erfolgt seien, innerhalb der Gewährleistung ausgeführt wurden. Danach habe es nur kleinere Sanierungen gegeben, beispielsweise wenn Gefahr im Verzug war.

Anschließend stellt BM Ilk die Vorl.Nr. 259/17 zur Abstimmung.

- Genehmigung Beauftragung zusätzlich benötigter Leistungen für die Gewerke Rohbauarbeiten und Brandschutzertüchtigung Decken

Beschluss:

1. Folgender Vergabe für die Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 und Alleinstraße wird zugestimmt.

Folgende Vergabe liegt innerhalb der Zuständigkeit des Ausschuss Bauen Technik Umwelt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt. Auftragssumme + ca. 15%
1.	Schadstoffsanierung, Abbruch und Demontgearbeiten, 2. Bauabschnitt	BK Abbruch & Containerdienst GmbH & Co.KG Palmenwald Straße 12/2 73733 Esslingen	214.000,00 Eu

2. Die Beauftragung zusätzlich benötigter Leistungen für die Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 und Alleinstraße bei folgenden Firmen wird genehmigt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt.
2.1	Rohbau	Fritz Müller GmbH Im Kusterfeld 22 71522 Backnang	von 1.071.000,00 Eu um 400.000,00 Eu auf 1.471.000,00 Eu
2.2	Brandschutzertüchtigung Decken	DSB Kowolik GmbH Rauchstraße 26 13587 Berlin	von 492.000,00 Eu um 270.000,00 Eu auf 762.000,00 Eu

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM Ilk stellt die Vorl.Nr. 232/17 gleich zur Abstimmung.

Abweichender Beschluss:

1. Der Zwischenstand zum Stadtticket Ludwigsburg wird zur Kenntnis genommen.
2. ~~Die Stadt Ludwigsburg wird beauftragt, mit dem Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) weiter zu verhandeln, mit dem Ziel, Lösungen zu einem vergünstigten Tarifmodell für Ludwigsburg zu entwickeln.~~ Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für ein Stadtticket zu erarbeiten, das rund 1 Euro günstiger ist als das reguläre Ticket.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM Ilk informiert, dass die Verwaltung zum Thema „Stadtticket Ludwigsburg“ bereits erste Gespräche mit der VVS geführt habe. In der heutigen Sitzung werde ein Zwischenbericht hierüber erfolgen. Nach den Sommerferien werden die Beratungen im Gremium weitergeführt – auch in Anwesenheit von VVS-Vertretern.

Herr Behnsen (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informiert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, über den aktuellen Stand zum Stadtticket.

Stadtrat Braumann sagt, dass es sich bei den Anträgen zur Einführung eines Stadttickets nicht in erster Linie um die Stärkung der Kundenbindung an den VVS handle. Es gehe darum, mehr Bürgerinnen und Bürger für die Nutzung des ÖPNV, und zwar ohne Abo-Verpflichtung, zu begeistern. Dabei sollte es sich tatsächlich um ein Stadtticket und nicht um ein Regional- oder Kreisticket handeln. Stadtrat Braumann denkt, dass die busbetriebliche Abwicklung digital unterstützt werden könnte. Der VVS spreche sich gegen ein stark rabattiertes Einzelticket aus, weil er befürchte, dass zu viele Menschen in der Stadt den Bus nutzen werden. Er entnehme der Vorlage, dass dies auch die Befürchtung der Verwaltung sei. Stadtrat Braumann empfindet diesen Gedanken als unlogisch. Schließlich könne jeder weiterhin auch mit dem Auto oder dem Fahrrad fahren und sollte auch die Möglichkeit haben, sein Fortbewegungsmittel frei zu wählen. Die Fragen, die sich die Verwaltung bezüglich der Bezuschussung des Stadttickets stelle, beantworten sich mit dem Beispiel der Städte Marbach und Herrenberg. Umgerechnet auf die Einwohner betrage der Zuschuss des Stadttickets in Marbach bei 15.500 Einwohnern 2,10 Euro pro Einwohner, in Herrenberg bei 31.000 Einwohnern 2,20 Euro pro Einwohner. Für Ludwigsburg, das 93.000 Einwohner habe, würde die Zuschusshöhe bei 200.000 Euro bis 300.000 Euro liegen. Bei diesem Betrag könnte die CDU-Fraktion ihre Zustimmung erteilen.

Für Stadtrat Gericke ist es wichtig, eine handhabbare Lösung für dieses vielschichtige Thema zu finden. Es gehe dabei auch um einen Interessenskonflikt zwischen dem Ausbau der Infrastruktur, der Finanzierung des Angebots und der Preis-/Tarifgestaltung. Das Angebot der VVS sei gut, das Tarifniveau jedoch relativ hoch. Die höchste Rabattierung gebe es für die Jahreskarteninhaber.

TOP 5

Stadtticket Ludwigsburg - Zwischenstand

Vorl.Nr. 254/17

Stadtrat Gericke hofft, dass in Ludwigsburg ein neues attraktives System geschaffen werden

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 13.07.2017

könne und die Kurzstreckenfahrten erheblich günstiger werden. Der Einwand des VVS, dass mit dem Stadtticket Konkurrenz für die Monats-/Jahreskarten geschaffen werden könnte, sei nachvollziehbar. Man könnte jedoch praktikable Ansätze suchen, beispielsweise durch die Öffnung des Kurzstreckentickets im Stadtgebiet. Somit würde man ein bereits vorhandenes Angebot nutzen und kein neues schaffen müssen. Im Rahmen eines praktikablen Ansatzes könnte zudem über ein zeitlich begrenztes Ticket nur für den Samstag nachgedacht werden. Man könnte hierbei auch die unterschiedlichen Angebote der Deutschen Bahn für Familien als Orientierungshilfe nutzen und darüber mit dem VVS verhandeln, ohne dass es zu erheblichen Mehrkosten komme. Durch die Einführung werden der Stadt zwar Kosten entstehen, andererseits aber werden dadurch auch viele positive Effekte generiert. Zum Beispiel würden die Straßen, Parkplätze, Parkhäuser und die Umwelt weniger belastet werden. Zudem würden Lärm und Luftverschmutzung reduziert werden und somit die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt an Lebensqualität und Gesundheit gewinnen. Die Summen, welche die Stadt für den Ausbau des ÖPNV ausgegeben müsste im Rahmen des Baus einer Stadtbahn oder eines BRT-Systems, bewegen sich in ganz anderen Dimensionen. Stadtrat Gericke würde es in diesem Zusammenhang begrüßen, wenn die Stadtverwaltung die Landesregierung auf Finanzierungsmöglichkeiten wie die Nahverkehrsabgaben anzusprechen würde. Er betont, dass es darum gehe, die Gelegenheitsfahrten für Personen, die den ÖPNV aktuell nicht nutzen, leichter zugänglich und relativ günstig in einem schnell erreichbaren Schritt hinzubekommen. Selbstverständlich sollte sich dieses Angebot ausschließlich an Ludwigsburger richten und ausschließlich im Ludwigsburger Stadtgebiet gültig sein.

Das Ziel der beiden Anträge der SPD-Fraktion und des interfraktionellen Antrags zu diesem Thema sei laut Stadträtin Liepins die Schaffung eines Stadttickets für die Menschen in Ludwigsburg, damit diese bei Gelegenheit in den Bus umsteigen. Keinesfalls dürfe das Stadtticket als Konkurrenz zur Monats- und Jahreskarte verstanden werden und diese womöglich bei den Nutzern ersetzen. Das Stadtticket soll ein Zusatzangebot darstellen. Deshalb sei man bereit, das Ticket etwas teurer als 1 Euro zu machen, z. B. 1,20 Euro oder 1,30 Euro oder gar 1,40 Euro, wenn dadurch die Bezuschussung durch die Stadt erleichtert werden könnte. Stadträtin Liepins ist zudem erstaunt über die Befürchtung, dass es künftig einen drastischen Anstieg der Stadtticket-Nutzer geben würde, so dass die Busse regelmäßig Verspätung haben würden, weil so viele Leute dieses Ticket lösen möchten. Eine solche Situation könnte beispielsweise durch die Einführung einer 10er Karte, welche die Fahrgäste erwerben und bei jeder Fahrt selbst entwerten oder durch die Bezahlung über das Mobiltelefon vermieden werden. Stadträtin Liepins hat den Eindruck, dass dieses Thema nicht ausreichend geprüft wurde. Sie empfinde den ÖPNV als insgesamt zu teuer. Sollten die Kapazitäten für die Beförderung von mehr Menschen tatsächlich nicht ausreichen, müsse woanders angesetzt werden. Die Gültigkeit des Stadttickets erst ab 9 Uhr könnte sich die SPD-Fraktion ebenso vorstellen. Dadurch könnte dieses nicht von den Berufstätigen genutzt werden und somit auch keine Alternative zur Jahreskarte darstellen. Stadträtin Liepins sei davon ausgegangen, dass die Verwaltung in der heutigen Sitzung konkrete Vorschläge zum Stadtticket machen würde. Wie hoch das Budget der Stadt für die Bezuschussung des Stadttickets sein sollte, sei in der Tat eine schwierige Frage. Wenn man jedoch bedenke, wie viel Geld die Stadt für die Doppelstrategie ÖPNV bislang ausgegeben habe, dann wäre es nach Ansicht von Stadträtin Liepins auch durchaus möglich, einen Teil dieses Geldes direkt bei den Nutzern des ÖPNV anzubringen und sich manches Gutachten somit zu ersparen. Die SPD-Fraktion könne lediglich Ziffer 1 der Vorl.Nr. 254/17 zustimmen, der Ziffer 2 stimme sie nicht zu.

Stadtrat Rothacker sagt, dass die Freie Wähler-Fraktion die Zukunft beim ÖPNV sehe und nicht bei den Radwegen. Das vergünstigte Stadtticket erst ab 9 Uhr anzubieten mache keinen Sinn, denn dann können die vielen Berufstätigen nicht erreicht werden. Insbesondere diese sollten jedoch

nach Ansicht der Fraktion zum Umstieg auf den ÖPNV bewogen werden. Stadtrat Rothacker äußert sich überrascht von der Aussage, dass während des Feinstaubalarms in Stuttgart ein Zuwachs von lediglich 5% bei der Nutzung des ÖPNV verzeichnet worden sei. Hier sehe er auch einen Widerspruch zur Befürchtung, dass es zu viele Nutzer für das ermäßigte Ticket in Ludwigsburg geben würde. Er plädiert für ein Ticket, das zu einem Preis und mit einer Gültigkeit angeboten werden soll. Das Ticket sollte mit 1 Euro Rabatt angeboten werden und 1,40 Euro kosten.

Stadträtin Burkhardt weist darauf hin, dass zwischen denjenigen, die durch das ermäßigte Stadtticket angesprochen werden sollen, und denjenigen, für die der ÖPNV attraktiver gemacht werden solle, unterschieden werden müsse. Sie wolle nicht, dass ein Konkurrenzkampf zwischen der Fahrpreissubvention und dem Linienausbau entfacht werde. Stadträtin Burkhardt vertritt die Meinung, dass sich die Stadt an der Subventionierung des ÖPNV beteiligen sollte. Schließlich tue sie das auch bei der Subventionierung des Autoverkehrs. Darüber hinaus sei die Subventionssumme für den ÖPNV mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich geringer. Der Ticketverkauf sollte nicht durch den Busfahrer erfolgen. Laut Stadträtin Burkhardt seien das Monats- und Jahresticket von grundsätzlicher Bedeutung für die zukunftsfähige Mobilität mit dem ÖPNV. Sie könnte sich vorstellen, das vergünstigte Stadtticket samstags anzubieten, um mehr Menschen zum Umsteigen zu motivieren – zumindest an einem Tag. Durch ein solches Angebot ließe sich gleichzeitig die Umsteigebereitschaft der Leute in der Realität feststellen. Auf Dauer gesehen sei es nach Meinung von Stadträtin Burkhardt notwendig, dass die Stadt auch an der Verbilligung der Monats- und Jahrestickets mitarbeite. Das würde auch den Verkehrsbetrieben mehr Sicherheit bieten. Sie betont, dass sie einen konkreten Vorschlag der Verwaltung darüber erwarte, wo und wie das vergünstigte Stadtticket eingesetzt werden könnte.

Stadtrat Lettrari ist gegen ein vergünstigtes Stadtticket, das erst ab 9 Uhr angeboten werde. Schließlich sollen damit auch die Berufstätigen erreicht werden. Er habe zudem festgestellt, dass viele Fahrgäste im Bus hinten einsteigen und nicht bezahlen. Dies werde nicht kontrolliert. Stadtrat Lettrari schlägt vor, dass arbeitslose Bürger und Hartz IV-Empfänger als Kontrolleure eingesetzt werden.

Stadtrat Gericke erklärt, dass ein Feinstaubticket ein nicht kontinuierlich planbares Angebot darstelle. Deshalb gehe die Überlegung für die nächste Feinstaub-Saison in die Richtung, dass man ermäßigte Tagestickets von Mitte Oktober bis Mitte April anbieten möchte, also über die gesamte Wintersaison, und nicht lediglich an Tagen mit erhöhter Feinstaubbelastung. Die Verwaltung und die VVS sollten berechnen, welche Summe sich bei einem Kurzstreckenticket als Stadtticket in Ludwigsburg oder alternativ bei einem um 1 Euro vergünstigten Ticket ergeben würde.

BM Ilk teilt mit, dass er die Anliegen und Zielrichtungen wohl vernommen habe. Er nehme für das weitere Prozedere mit, dass ein einfaches System gewünscht werde, so dass es auch von gelegentlichen Nutzern verstanden werden könne. Alle Anregungen werden mit dem VVS diskutiert.

Stadtrat Rothacker schlägt vor, unter Ziffer 2 ein einfaches Ticket, welches um 1 Euro günstiger als das bisherige sein soll, aufzunehmen und dieses berechnen zu lassen. Somit wäre die zeitnahe Erstellung einer neuen Vorlage mit neuen Zahlen möglich und das Gremium hätte somit einen konkreten Vorschlag zur Abstimmung.

Stadtrat Braumann bemerkt, dass dieses Thema dem Gemeinderat wichtig sei. Das würden auch

all die Anträge, die hierzu vorliegen, beweisen. Diese Tatsache sollte die Verwaltung erkennen und sich um eine vorrangige Behandlung bemühen.

Stadtrat Gericke und Stadträtin Liepins schließen sich dem Vorschlag von Stadtrat Rothacker an.

BM Ilk formuliert auf Wunsch des Gremiums Ziffer 2 des Beschlussvorschlags wie folgt um: *„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für ein Stadtticket zu erarbeiten, das rund 1 Euro günstiger ist als das reguläre Ticket.“* Anschließend stellt er die Vorlage 254/17 mit der geänderten Ziffer 2 zur Abstimmung.

TOP 5.1	Mobilität / Lärmaktionsplan - Antrag der SPD-Fraktion vom 23.11.2015	Vorl.Nr. 518/15
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch Beschluss zur Vorl.Nr. 254/17 erledigt. Siehe auch Ausführungen zu TOP 5.

TOP 5.2	Einführung eines verbilligten Ludwigsburger Stadttickets - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.04.2017	Vorl.Nr. 184/17
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch Beschluss zur Vorl.Nr. 254/17 erledigt. Siehe auch Ausführungen zu TOP 5.

TOP 6	Umbau Kulturzentrum / Kantine - mündlicher Bericht
-------	---

Beratungsverlauf:

Frau Barnert (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Vorplanung für die Sanierung der städtischen Kantine im Kulturzentrum vor.

Herr Schmid (Fachbereich Organisation und Personal) bestätigt, dass die Speiseausgabetheke mittlerweile veraltet sei und teilweise sogar defekt. Deshalb müsse sie zeitnah erneuert werden. Der Bodenbelag der Kantine sei ebenfalls teilweise schadhaft. Zudem sei die Lüftungssituation im Speisesaal unbefriedigend. Der Essensgeruch könne im gesamten Foyer des Kulturzentrums ungehindert ausströmen, was zu mehrfachen Beschwerden geführt habe. Die Einrichtung eines Pausenraums im hinteren Bereich des Speisesaals, wie in der Präsentation vorgestellt, bezeichnet Herr Schmid als dringend notwendig. Die benötigten Finanzmittel zur Sanierung der städtischen

TOP 6	Umbau Kulturzentrum / Kantine - mündlicher Bericht
-------	---

Kantine seien von nicht geringer Höhe. Dennoch müsste bedacht werden, dass in den letzten 20 Jahren in die Kantine nicht investiert wurde. Eine kleine Ausnahme sei die Beschaffung von benötigter Küchentechnik gewesen. Herr Schmid informiert das Gremium, dass die städtische Kantine im Jahr 2016 insgesamt 208.000 Essen zubereitet habe. Pro Tag besuchen bis zu 250 Mitarbeiter die Kantine. Auch weitere Angebote, z. B. die Möglichkeit Essen für die eigenen Kinder oder für pflegebedürftige Angehörige mit nach Hause zu nehmen, kämen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr gut an. Die Kantine stelle zur Mittagszeit einen beliebten sozialen Treffpunkt dar. Auch für die Personalgewinnung sei sie ein großes Pfund. Herr Schmid betont, dass die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der städtischen Kantine beitragen würden sowie zu höheren Besucherzahlen.

Stadtrat Noz sieht ebenfalls den Mehrwert der Kantine, um Personal zu gewinnen oder zu halten. Was ihn jedoch an der vorgeschlagenen Sanierung stört, ist die Tatsache, dass diese nicht im Haushaltsplan 2017 mit konkreten Zahlen dargestellt sei. Auch im mittelfristigen Investitionsplan habe die Sanierung der Kantine gefehlt. Stadtrat Noz sagt, dass nicht jede der vorgestellten Maßnahmen erforderlich sei. Allerdings sieht er die dringende Notwendigkeit, defekte Bereiche, wie z. B. die Speiseausgabetheke oder die Belüftung, zu sanieren. Seiner Meinung nach sollten zunächst die Fraktionen darüber beraten, ob die Sanierungsmaßnahmen mit den genannten Kostenansätzen im Haushaltsplan 2018 aufgenommen werden sollte. Anschließend sollte die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt die Fraktionen zur ihrer Haltung diesbezüglich befragen. Stadtrat Noz schlägt ebenfalls vor, dass die Fassadensanierung im Kulturzentrum sowie die Erneuerung der Fenster im mittelfristigen Investitionsprogramm der Stadt aufgenommen werden.

Stadträtin Dr. Knoß äußert sich erschrocken über die Höhe des Kostenvoranschlags, obwohl die meisten aufgeführten Sanierungsmaßnahmen ihrer Meinung nach notwendig seien. Schließlich stelle die Kantine einen sozialen Mittelpunkt für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar und biete sowohl ihnen als auch der Stadt als Arbeitgeberin einen Mehrwert an. Aus dieser Sicht betrachtet wäre die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereit, das Projekt zu unterstützen. Stadträtin Dr. Knoß ist überzeugt, dass sich mit einigen raffinierten Planungsüberlegungen Kosten sparen ließen.

Stadträtin Liepins gibt zu bedenken, dass die Stadt viele andere Bauprojekte bereits am Laufen habe. Ihrer Meinung nach sei die bereits beschlossene Prioritätenliste im Hochbaubereich längst durcheinander gewürfelt und zum Teil verlassen worden. Deshalb sollte das Gremium nach der Sommerpause festlegen, welche Projekte sehr wichtig seien und deshalb ohne Zeitverzögerung in Angriff genommen werden müssen und welche zeitlich verschoben werden könnten. Auch Stadträtin Liepins würde gerne die Sanierung der Kantine zunächst fraktionsintern beraten.

Stadtrat Rothacker sagt, dass die Freie Wähler-Fraktion diese Maßnahme kritisch betrachte, weil sie nicht im Haushaltsplan aufgeführt werde. Auch er sieht die Notwendigkeit einer fraktionsinternen Beratung bevor mit diesem Projekt weiter verfahren werde.

Stadträtin Burkhardt bemerkt, dass in der Kantine, auch aufgrund des Alters des Gebäudes, vieles erneuert werden müsse. Sie bittet jedoch die Verwaltung, den Ausschussmitgliedern schriftliche Unterlagen zu liefern, damit ihnen klar werde, über welche Sanierungsmaßnahmen man diskutiere und welche Kosten dabei entstehen würden. Eine Verschönerung der Kantine wäre nach Ansicht von Stadträtin Burkhardt angemessen. Dabei könnten manche Posten preisgünstiger gestaltet werden, beispielsweise die Möblierung. Stadträtin Burkhardt bekundet in diesem Zusammenhang ihr Missfallen für den Gelbton, der in der inneren Gestaltung des Kulturzentrums bereits zu finden

TOP 6

Umbau Kulturzentrum / Kantine
- mündlicher Bericht

sei und auch in der sanierten Kantine vorkommen soll.

BM Ilk betont dass die Kantine keinesfalls ein Luxusobjekt darstelle. Neben der Speisung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fänden in ihren Räumen auch diverse andere Veranstaltungen, wie z. B. die Literaturtage oder Veranstaltungen der Volkshochschule. Die in der Präsentation erwähnten Sanierungsmaßnahmen müssen dringend in Angriff genommen werden, weil die Defekte erheblich seien. Zu dem Kostenvoranschlag sagt BM Ilk, dass dieser ursprünglich höher ausgefallen sei. Die Verwaltung habe daraufhin überlegt, wie Geld eingespart werden könnte. Dadurch seien Vorschläge, wie z. B. die Betondecke oder die Filz-Applikationen, die den Schall dämmen sollen, zustande gekommen.

Auf Anfrage von Stadträtin Liepins sagt Herr Schmid, dass die Ausgabe von mehr Essensportionen in der Kantine durchaus möglich wäre. Er informiert, dass in der Kantine lediglich aktuelle städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter essen dürfen. Darüber hinaus auch ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ruhestand sowie Mitarbeiter anderer staatlichen Behörden in Ludwigsburg. Es gebe zudem noch einige wenige externe Rentner, die bereits seit etwa 20 Jahren zum Essen in die Kantine kommen. Andere externe Gäste werden nicht zugelassen. Schließlich wolle man keine Konkurrenz für die Ludwigsburger Gastronomie sein. Die Frage von Stadträtin Burkhardt, ob die Nutzer der Kantine zu den bevorstehenden Sanierungen befragt wurden, verneint Herr Schmid.

Frau Barnert erklärt, dass das Kulturzentrum über den Bauunterhalt instand gehalten und sukzessive in Teilbereichen saniert werde, so dass keine größeren Geldsummen auf einmal ausgegeben werden müssen. Sie betont, dass die vorgestellten Sanierungsmaßnahmen in der Kantine keine wertsteigernden, sondern konsumtive Maßnahmen seien. Deshalb seien sie auch nicht separat im Haushaltsplan aufgeführt. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft bekomme eine bestimmte Summe im jeweiligen Haushaltsplan ausgewiesen, um damit alle städtischen Gebäude instand zu halten. Aus diesem Topf werden auch die Maßnahmen im Kulturzentrum finanziert. Aufgrund der regen Nutzung durch die Stadtbibliothek und der Volkshochschule könne das Kulturzentrum nur in Teilbereichen gesperrt werden. Deshalb schlage die Verwaltung vor, im nächsten Jahr die Kantine zu sanieren und die Mehrwerte, wie dargestellt, zu generieren. Anschließend könnte im Rahmen einer größeren Maßnahme die Fassade des Kulturzentrums in Angriff genommen werden. Auf den angesprochenen Gelbton Bezug nehmend sagt Frau Barnert, dass dieser bewusst ausgewählt wurde, weil er mit dem Logo der Stadt korrespondiere, und weil er auch im Bereich des Wissenszentrums Energie im Souterrain vorkomme. Sie versichert, dass den Ausschussmitgliedern die geforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Für Stadträtin Liepins ist es wichtig, dass der Gemeinderat erfahre, welche Maßnahmen im Kulturzentrum in den nächsten Jahren durchgeführt werden müssen. Diese Übersicht soll auch dabei helfen, die Kosten besser im Auge zu behalten. Schließlich müsse entschieden werden, welche Maßnahmen nicht im Haushaltsplan finanziert werden können.

Frau Barnert weist auf den Projektfahrplan hin. Erst wenn eine Vorplanung nach HOAI und mit einer belastbaren Kostenschätzung vorliege, können die Zahlen im Haushaltsplan dargestellt werden. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt eine Aufstellung aller Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren am Kulturzentrum durchgeführt wurden, vorbereiten.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.